



## Welzheim

### Tina Groll über Livestream zu Gast im Limes-Gymnasium

Die Digitalisierung macht's möglich. Tina Groll, Journalistin von „Zeit online“, stand den Abiturienten des Limes-Gymnasiums an zwei Terminen für einen interessanten Austausch für je 90 Minuten zur Verfügung. Sie selbst blieb in Berlin, war aber in Welzheim präsent – per Digitalkonferenz. Es ist kein Zufall, dass auch „equal and fair Play“ ganz oben auf ihrer Agenda stehen.

► Seite B 1



Workshop mit Tina Groll. Foto: Habermann

## Rems-Murr

### Querdenken: Ein Experte berichtet in der Manufaktur

Wie ist die Querdenken-Bewegung einzuordnen zwischen Bürgerlichkeit und Radikalisierung, Esoterik und Politik, Vernunft-Argumentation und grundsätzlicher Demokratie-Feindlichkeit? Und wo steuert sie hin? Darüber berichtet am Donnerstag der Experte Matthias Meisner in der Schorndorfer Manufaktur. Zur Einstimmung ein Interview mit ihm, nachzulesen auf der

► Seite C 3



Demo im April in Stuttgart. Foto: Habermann

## Wir sind für Sie da

<b>Aboservice</b>	<b>07151 566-444</b> aboservice@zvw.de
<b>Anzeigen</b>	<b>07151 566-411</b> anzeigen@zvw.de
<b>Redaktion</b>	<b>07182 93693-20</b> welzheim@zvw.de
<b>Lokal</b>	<b>07151 566-275</b> kreis@zvw.de
<b>Kreis</b>	<b>07151 566-262</b> sport@zvw.de
<b>Sport</b>	

## Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
15515,83 Pkt. + 41,36 Pkt.	4166,83 Pkt. + 15,43 Pkt.	1,1655 Dollar + 0,51 Cent

## Wetter



Mittags 21° | Nachts 6°  
Nach Auflösung von Nebelfeldern heiter und trocken



## Preis für Schwaikheimer Naturschützer



Zum 18. Mal hat die Kreissparkasse Waiblingen den Bürgerpreis Rems-Murr verliehen, um das Engagement ehrenamtlich Aktiver zu würdigen.

Leser/-innen des Zeitungsverlags Waiblingen kürten im Zuge dessen ihren Favoriten: Fürs Projekt Renaturierung Lohwiesenbach nahmen

Uwe Kaiser (rechts) und Hans-Joachim Röger (Mitte) den Leserpreis von ZVW-Redaktionsleiter Frank Nipkau entgegen. ► Seite C 1

## Rückendeckung für Spahns Coronavorstoß

Krankengesellschaft hat keine Bedenken dagegen, die epidemische Lage auslaufen zu lassen.

**BERLIN.** Die Deutsche Krankengesellschaft hat angesichts der Corona-Impfquote in Deutschland keine Bedenken dagegen, die sogenannte epidemische Lage nationaler Tragweite auslaufen zu lassen. „Ich kann den Schritt nachvollziehen und halte das auch für unproblematisch“, sagte Hauptgeschäftsführer der Krankengesellschaft Gerald Gaß dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Die „epidemische Lage“ ist Grundlage für zentrale Coronamaßnahmen in Deutschland. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte sich bei Beratungen mit seinen Länderkollegen dafür ausgesprochen, die Regelung am 25. November auslaufen zu lassen. dpa

**Kommentar**

## Klimaschutz: Airlines fordern neue Planung der Routen

Der Flugverkehr belastet das Klima nicht nur durch CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern auch durch Kondensstreifen. Die Branche fordert nun, durch Planung von Strecken die Bildung solcher Streifen zu verringern.

VON KLAUS KÖSTER

**STUTTGART.** Die deutsche Flugbranche fordert, zur Verbesserung des Klimaschutzes Flugrouten zu verändern. Der Klimaeffekt der Luftfahrt hänge auch von der Bildung von Kondensstreifen ab und lasse sich durch eine bessere Routenführung verringern, sagte der Chef des Branchenverbandes BDL, Matthias von Randow, bei einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart.

Die Kondensstreifen entstehen vor allem bei Flughöhen oberhalb von zehn Kilometern, wie sie bei Mittel- und Langstreckenflügen die Regel sind. Wegen der niedrigen Temperaturen kondensieren und gefrieren die Wasserpartikel aus den Abgasen. Ein Sprecher des Verbands erklärte unserer Zeitung, es gehe darum, Teile der Atmosphäre zu meiden, die besonders sensibel auf Emissionen des Luftverkehrs reagieren.

Um die beste Technologie für einen klimafreundlichen Luftverkehr ist im Land ein intensiver Wettbewerb entbrannt. Josef Kallo, Chef des aus dem Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum entstandenen Unter-

„Die Klimaneutralität des Fliegens bietet im Land großes Jobpotenzial. Sie sollte über neue Technologien angestrebt werden und nicht über Verbote.“

Thomas Dörflinger, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Foto: Volker Strohmaier

nehmens H2fly, erklärte, für ein Brennstoffzellenflugzeug mit 2000 Kilometern Reichweite gebe es keine unüberwindbaren Hürden. Im Jahr 2025 soll es einen Prototypen geben.

Das Karlsruher Start-up Ineratec setzt dagegen auf synthetische Kraftstoffe und nahm kürzlich die weltgrößte Anlage zur Herstellung von E-Kerosin in Betrieb. Eine weitere Fabrik ist geplant und soll um ein Vielfaches größer sein. Solche Kraftstoffe verringern nach BDL-Angaben auch die Bildung von Kondensstreifen.

Der verkehrspolitische Sprecher der Landtags-CDU, Thomas Dörflinger, erklärte, neue Technologien im Flugverkehr hätten im Land ein großes Jobpotenzial. Klimaneutralität solle nicht über Verbote angestrebt werden, sondern über Technologien.

Wegen der am Flughafen Stuttgart geplanten zusätzlichen Route für Abflüge gibt es am Mittwochabend einen Krisenpfad. Dazu haben Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landesverkehrsminister Winfried Hermann (beide Grüne) Vertreter der betroffenen Gemeinden eingeladen.

## Kommentar

### Vorsorgen statt einschränken

Es wäre weder verantwortungslos noch voreilig, wenn der Bundestag die Notlage auslaufen ließe.

VON BERNHARD WALKER

Am 24. November ist Schluss: Dann läuft die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ aus. Geht es nach Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), soll sie nicht verlängert werden. Wie sich das neu gewählte Parlament entscheidet, ist offen. Doch es deutet nichts darauf hin, dass SPD, Grüne und FDP diese Notlage verlängern werden.

Als diese ausgerufen wurde, gab es noch keine Impfung zum Schutz vor Corona. Der Paragraph 28a, in dem die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus eingefügt sind, spiegelt die aktuelle Lage nicht wider. Und das Gesundheitswesen ist derzeit nicht überlastet: Die Intensivstationen in Deutschland schaffen es, ihre Patienten zu versorgen. Auch wenn der Winter naht und sich die Leute wieder mehr in Innenräumen aufhalten werden: Viele Länder haben längst mit Stufenkonzepten vorgesorgt. Sprich: Sie können rasch handeln, falls mehr Covid-19-Kranke ein Intensivbett brauchen sollten.

Es wäre also weder voreilig noch verantwortungslos, wenn der Bundestag die Notlage auslaufen ließe – und zugleich den Ländern eine rechtliche Basis gäbe, um Einschränkungen wie die Maskenpflicht verhängen zu können, wenn dies nötig wird. Die „Ampelner“ müssen schon jetzt das Gespräch mit den Ländern suchen, wie das juristisch am besten geht. Denn wenn sich der Bundestag am 26. Oktober konstituiert hat, bleiben nur zwei Sitzungswochen, um das Ziel zu erreichen.

## Corona-Nachhilfe kommt nur zäh in Gang

Schopper findet für die Schulen deutlich weniger externe Helfer als die zunächst geplanten 25 000.

**STUTTGART.** Drei Wochen vor dem Start nach den Herbstferien ist unklar, wie umfangreich das Angebot zum Nachlernen von coronabedingt versäumtem Stoff für die 1,5 Millionen Schüler im Südwesten sein wird. Bisher hat das Kultusministerium 3600 Einzelpersonen und 400 Bildungsanbieter gewonnen, die sich an dem Programm beteiligen. Das bleibt weit hinter dem im Frühsommer skizzierten Personalbedarf für das Nachlern-Programm zurück.

Die SPD-Landtagsfraktion befürchtet wegen der schleppenden Personalgewinnung und des hohen Organisationsaufwands für die Schulleitungen, dass das Programm „gegen die Wand“ fahren könnte, und hat ein umfangreiches Auskunftsbegehren an die baden-württembergischen Landesregierung gerichtet.

## EU-Hilfen für Polen auf dem Prüfstand

Im Streit über die Rechtsstaatlichkeit wurde Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im EU-Parlament mit harten Worten empfangen.

**STRASSBURG.** In der Auseinandersetzung um die Rechtsstaatlichkeit haben sich die Fronten zwischen Warschau und Brüssel erheblich verhärtet. Im Straßburger Europaparlament warf der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki der Europäischen Union am Dienstag „Erpressung“ vor. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen drohte Polen mit Sanktionen.

Nach dem umstrittenen Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober war der polnische Regierungschef nach Straßburg gekommen, um Polens Position zu erklären. Das polnische Verfassungsgericht hatte die EU-Verträge in Teilen für verfassungswidrig erklärt und den Vorrang des EU-Rechts gegenüber nationalem Recht verneint.

Von der Leyen betonte in ihrer Rede, die EU werde „es nicht zulassen, dass unsere gemeinsamen Werte aufs Spiel gesetzt wer-

den“. Sie zählte Optionen auf, die der EU-Kommission in einem möglichen Vorgehen gegen Polen bereitstünden. Dabei nannte sie die Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus, der es der EU ermöglicht, bei Rechtsstaatsverstößen von Mitgliedstaaten EU-Gelder zu kürzen.

Zudem betonte von der Leyen, Polen müsse erklären, wie es EU-Gelder ausgeben werde. Die EU-Kommission hat dem Corona-Wiederaufbauplan von Polen, der dem Land 36 Milliarden Euro EU-Hilfen bringen würde, noch nicht zugestimmt. Dafür müsse Polen das Kriterium der „Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz“ erfüllen, fügte von der Leyen hinzu.

In der EU laut gewordene Befürchtungen, dass Polen aus der EU strebe, suchte Morawiecki in Straßburg zu entkräften. Polen sei zum Dialog bereit, sagte er. Polen bleibe ein Mitglied der EU. AFP

## Land legt Flächen für 90 Windräder fest

**STUTTGART.** Die Landesregierung hat sich auf fünf Flächen im Staatswald geeinigt, auf denen bis zu 90 neue Windräder gebaut werden sollen. Nach Plänen von Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) geht es um insgesamt 1870 Hektar, wie die „Heilbronner Stimme“ und der „Südkurier“ berichten. Man werde die Flächen noch im Oktober in einem Angebotsverfahren veröffentlichen, sagte Hauk. Dann könnten sich interessierte Unternehmen bewerben.

Mit einer Fläche von rund 1370 Hektar soll sich demnach die größte der neuen Windkraftflächen im Altdorfer Wald im Kreis Ravensburg befinden. Zu den weiteren Flächen zählt unter anderem Lichtenstein im Kreis Reutlingen mit rund 120 Hektar. dpa